



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Christoph Buser, FDP-Fraktion: Fachhochschule Nordwestschweiz: Überprüfung Kostenanstieg in Verwaltung und Administration**

Autor/in: [Christoph Buser](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 29. November 2012

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Vor mittlerweile einem guten Jahr hat der Landrat der Baselbieter Bildungsdirektion einen klaren Auftrag erteilt, indem er den Globalkredit für die Fachhochschule Nordwestschweiz in Höhe von 186 Millionen Franken bis 2014 mit 70 gegen 4 Stimmen an die Verpflichtung gebunden hat, den stark gestiegenen Lohn- und Verwaltungsaufwand der FHNW zu erklären. Zusammen mit der Leitung der FHNW sollte die Regierung ein Konzept erarbeiten, wie der starke Kostenanstieg unter anderem in der Verwaltung und der Informatik gebremst werden kann. Im Weiteren beauftragte das Parlament die Regierung, die fachliche Ausrichtung der FHNW mit jenen der Universitäten zu vergleichen, um teure Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Bis heute wartet der Baselbieter Landrat auf den entsprechenden Bericht.

Die FHNW ist auch weiterhin auf die finanzielle Unterstützung aus dem Kanton Baselland angewiesen ist. Diese Unterstützung kommt aber von verschiedener Seite mehr und mehr unter politischen Druck. Hinzu kommt, dass betroffene KMU bemängeln, dass die Bürokratie im Umgang mit der FHNW in den vergangenen Jahren markant zugenommen hat. Dies weil die Verantwortlichen in der FHNW immer mehr Zeit für bürokratische Arbeiten aufwenden müssen, um ihren eigenen Arbeitsaufwand zu erfassen und zu belegen.

Da die FHNW für die KMU-Wirtschaft im Baselbiet und damit für die Wirtschaft im Kanton insgesamt von grosser Bedeutung ist und verhindert werden soll, dass die FHNW aufgrund des offenkundigen Desinteresses der Bildungsdirektion unter mangelnder politischer Unterstützung zu leiden beginnt, ist es dringend nötig, dass seitens der Bildungsdirektion die Pendenzen aufgearbeitet werden.

**Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen, zu prüfen und zu berichten, welche konkreten Schritte unternommen wurden, um die verantwortlichen Organe und Stellen über den Auftrag des Landrats zu informieren und bis wann die Regierung gedenkt, diesem vor einem Jahr erfolgten Auftrag nachzukommen.**